

Kurzprotokoll Nr. 49 vom 21. Dezember 2022

Vorsitz Barbara Dätwyler, Grossratspräsidentin, Frauenfeld

Anwesend 121 Mitglieder

Ort Rathaus Weinfelden

- **1. Fragestunde** (20/FR 4/414). Der Regierungsrat beantwortet acht Fragen. Die nächste Fragestunde ist am 15. Februar 2023 vorgesehen.
- 2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer (20/WA 72/413). Kantonsrätin Sandra Reinhart wird mit 117:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission gewählt.
- 3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer (20/WA 73/422). Kantonsrätin Sonja Wiesmann Schätzle wird mit 119:0 Stimmen bei 1 Enthaltung als Mitglied der Raumplanungskommission gewählt.
- 4. Ersatzwahl eines Mitglieds der Justizkommission für den Rest der Amtsdauer (20/WA 74/423). Kantonsrat Gottfried Möckli wird mit 120:0 Stimmen bei keiner Enthaltung als Mitglied der Justizkommission gewählt.
- 5. Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (SHG) (20/GE 19/359) (Redaktionslesung und Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (SHG) mit 116:0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Das Behördenreferendum ist nicht zustande gekommen. Das Gesetz unterliegt der fakultativen Volksabstimmung.
- 6. Parlamentarische Initiative "Flexibler Energiefonds": Änderung des Gesetzes über die Energienutzung (ENG) (20/PI 4/296) (2. Lesung). Die Vorlage passiert die 2. Lesung ohne Diskussion. Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.
- 7. Parlamentarische Initiative von Martin Stuber, Markus Birk, Brigitte Kaufmann, Peter Dransfeld und Hans Feuz vom 14. September 2022 "Abschaffung der jährlich wiederkehrenden Verleihungsgebühren für Bootsstationierungen gemäss § 17 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 des Wassernutzungsgesetzes" (20/PI 6/382) (Vorläufige Unterstützung). Die Parlamentarische Initiative verlangt, § 17 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 des Wassernutzungsgesetzes dahingehend zu ändern, dass für die Konzessionen für Bootsstationierungen keine jährlichen Verleihungsgebühren erhoben werden. Nach Diskussion beschliesst der Rat mit 30:83 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Parlamentarischen Initiative die vorläufige Unterstützung nicht zu gewähren.

8. Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung der Lehrpersonen (LBV) (20/VO 4/341) (Eintreten, 1. Lesung). Mit Datum von 28. Juni 2022 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Botschaft und Entwurf zur Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung der Lehrpersonen (LBV). Eintreten ist unbestritten. Die Vorlage passiert die 1. Lesung ohne Diskussion. Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

Traktandum 9 nicht behandelt.

Parlamentsdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet https://parlament.tg.ch